

A2 Menschen aus Lipa jetzt aufnehmen! Illegale Pushbacks stoppen!

Antragsteller*in: Fabian Taute (KV Bremen LdW)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Seit jeher war das bosnische Camp Lipa trotz Zusagen der lokalen Regierung nie
2 an das zentrale Wasser- und Stromnetz angeschlossen. Nachdem die IOM
3 (Internationale Organisation für Migration) über Wochen vergeblich an die
4 bosnische Regierung appelliert hatte, das Camp Lipa zumindest mit einer Strom-
5 und Wasserversorgung auszustatten, sah sie sich dazu gezwungen, das Camp
6 aufzugeben und die Menschen sich selbst zu überlassen. Die bosnischen Behörden
7 räumten daraufhin das Lager. Als Reaktion auf die ohnehin schon verzweifelte
8 Lage wurde Feuer gelegt – ein Großteil des Lagers brannte ab. Seitdem harren ca.
9 900 Menschen ohne Heizung, Wasser, Lebensmittel und Medikament bei Schnee und
10 Eis ohne Dach über dem Kopf aus.

11
12 Eine Weiterflucht wird durch die Polizei verhindert. Geschätzte 8.000 weitere
13 Schutzsuchende harren währenddessen im Norden Bosniens in wilden Camps aus, weil
14 die anderen Lager in Bosnien voll sind. Eine Versorgung durch die Behörden gibt
15 es nicht, sie werden vor allem von Aktivist*innen unterstützt. Mittlerweile ist
16 bekannt, dass die bosnischen Behörden das Lager Lipa wiederaufbauen wollen, da
17 sie sich auf keinen anderen Ort verständigen können.

18
19 Es ist falsch, die politische Verantwortung einzig in Bosnien-Herzegowina zu
20 suchen, denn die Umstände in den Lagern gehen vor allem auf die Auswirkungen der
21 EU-Abschottungspolitik zurück. Die meisten Menschen, die in Bosnien gestrandet
22 sind, waren zuvor als Schutzsuchende in Griechenland und wurden dort von den
23 Behörden sich selbst überlassen. Die Balkanroute blieb für sie der einzige
24 Ausweg. Zeitgleich riegelt die EU seit Jahren die kroatisch-bosnische Grenze ab
25 und drängt Schutzsuchende in illegalen Pushbacks, die durch erhebliche
26 Sachspenden der Bundesregierung an die kroatische Grenzpolizei unterstützt
27 werden, mit Gewalt nach Bosnien zurück. Statt also mit dem Finger auf Bosnien-
28 Herzegowina zu zeigen, muss die EU sichere und legale Wege aus Bosnien in die EU
29 schaffen und illegale Pushbacks beenden.

30
31 In der Verantwortung steht auch die Bundesregierung, die während ihrer
32 Ratspräsidentschaft migrationspolitisch komplett versagt hat. Statt die EU-
33 Ratspräsidentschaft zu nutzen und nach den unzähligen Appellen von
34 Hilfsorganisationen insbesondere die Lager Kara Tepe und Lipa winterfest zu
35 machen und den über 200 aufnahmebereiten Städten und Kommunen die Evakuierung
36 zumindest eines Teils der notleidenden Menschen zu ermöglichen, setzt die
37 Bundesregierung weiterhin auf Abschottung, Abschreckung und deckt illegale Push-
38 Backs.

39
40 Es kann nicht zu viel verlangt sein, als größtes EU-Land während der EU-
41 Ratspräsidentschaft für eine Wasser- und Stromversorgung in Zelt-Lagern wie Lipa
42 oder Kara Tepe zu sorgen, um zumindest der größten Not vorzubeugen. Stattdessen
43 hat es die Bundesregierung nicht einmal geschafft, innerhalb von drei Monaten
44 (obwohl sie darum von der griechischen Regierung explizit gebeten wurde) die
45 versprochenen 1553 Menschen aus Griechenland aufzunehmen. Stattdessen hat sie
46 darauf gedrängt, dass keine der Familien aus dem Lager Moria stammt, mit der
47 zynischen Begründung, man wolle die Menschen nicht dafür belohnen, dass "sie"
48 das Lager in Brand gesteckt hätten.

49

50 Auch das Einsperren der Menschen im Zelt-Lager Kara Tepe oder das Aussetzen von
51 Menschen auf manövrierunfähigen Plastikinseln auf dem Meer sind Ausdruck einer
52 brutalen Abschreckungspolitik. Dass 87 % der Deutschen eine Aufnahme von
53 Menschen aus Moria unterstützen, ignoriert die Bundesregierung und genauso, dass
54 sich elf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland,
55 Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Slowenien) sowie
56 Norwegen und Serbien an den Aufnahmen beteiligen. Dabei tut sie so, als könne
57 sie nicht handeln, da andere ja auch nichts tun würden. Eine Verweigerung von
58 Verantwortung mit den aufgezeigten katastrophalen Konsequenzen.

59
60 Ein Landesaufnahmeprogramm würde den Schutzsuchenden eine Perspektive in
61 Sicherheit geben und durch die Entlastung gleichzeitig den bosnischen Behörden
62 die Möglichkeit geben, sich um neue Übergangsquartiere für den Winter zu
63 kümmern.

64
65

66 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

67

68 1. Forderungen auf Bundesebene:

69

70 a) Wir fordern weiterhin, dass der Bremer Senat sich der Klage des Berliner
71 Senats gegen die Ablehnung der Landesaufnahmeanordnungen seitens des
72 Bundesinnenministeriums anschließt und eine langfristige Klärung der
73 Länderrechte im Aufnahmerecht herbeiführt.

74

75 b) Wir fordern die Bundesregierung erneut mit Nachdruck auf, die Blockade der
76 zahlreichen Hilfsangebote von Städten, Kommunen und Bundesländern zu beenden und
77 endlich eine schnelle und unbürokratische Aufnahme notleidender Menschen zu
78 ermöglichen.

79

80 c) Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich die bosnischen Behörden
81 dabei zu unterstützen, eine winterfeste und menschenwürdige Unterbringung für
82 die nach der Zerstörung des Camps Lipa obdachlos gewordenen Menschen
83 bereitzustellen.

84

85 d) Wir fordern die Bundesregierung auf, illegale Push-Backs der griechischen und
86 kroatischen Polizei nicht weiter zu decken, sondern sich für die lückenlose
87 Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen und sicherzustellen, dass
88 es keinerlei Beteiligung deutscher Einsatzkräfte an illegalen Push-Backs gibt.

89

90

91 2. Forderungen auf Landesebene:

92

93 a) Wir fordern den Senat auf, ein Landesaufnahmeprogramm für die in Bosnien
94 feststehenden Schutzsuchenden aufzulegen. Dies ist aufgrund der Dringlichkeit
95 der Situation zeitnah und in erheblichem Ausmaß auszugestalten.

Unterstützer*innen

Kai Wargalla; Wilko Zicht; Laura Reyes; Julia Roy